

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
(10. Ausschuß)**

- 1. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 13/6300 –**

**Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1996
– Ergebnisse der Waldschadenserhebung –**

- 2. zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
– Drucksache 13/6961 –**

- 3. zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/6974 –**

- 4. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Steffi Lemke,
Ulrike Höfken, Gila Altmann (Aurich), weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/6975 –**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 13/6300 –**

Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1996

A. Problem

Auf Grund der vielfältigen Funktionen der Waldflächen und den damit verbundenen Problemen besteht ein regelmäßiges Informationsbedürfnis des Deutschen Bundestages über den Zustand des Waldes. Die Bundesregierung informiert seit 1984 deshalb jährlich über das Ausmaß und die Entwicklung der Waldschäden, bewertet die Situation in den Waldökosystemen unter den vielfältigen

und komplexen Einflüssen der Umwelt und stellt die Maßnahmen zur Behebung von Waldschäden dar.

Die Koalitionsfraktionen haben auf Drucksache 13/6961 einen Entschließungsantrag eingebracht, der u. a. feststellt, daß der kontinuierlichen Berichterstattung über den Zustand des deutschen Waldes große Bedeutung zukomme. Der Waldzustand habe sich gegenüber früheren Jahren positiv entwickelt, was nicht zuletzt auf Maßnahmen zur Verringerung von Schadstoffemissionen zurückzuführen sei. Das Aktionsprogramm „Rettet den Wald“ solle im Sinne der möglichst effektiven Bekämpfung der Waldschäden mit einer Reihe von Maßnahmen fortgeführt werden.

Die Fraktion der SPD stellt in ihrem Entschließungsantrag auf Drucksache 13/6974 u. a. fest, daß die Situation unserer Wälder nach wie vor dramatisch sei, eine Zunahme der Schädigung sei vor allem bei Laubbaumarten und bei älteren Baumbeständen festzustellen. Verantwortlich für das Waldsterben seien vor allem die Emissionen aus Straßenverkehr, Industrie und der Landwirtschaft. Hier fehle ein politisches Konzept, um wirksame Maßnahmen zum Schutz der Wälder umzusetzen. Es wird u. a. ein Programm zur Bekämpfung des Waldsterbens, zur naturnahen Waldbewirtschaftung und zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Forstwirtschaft und Holzindustrie in Kooperation mit den Bundesländern gefordert.

Seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird in dem Entschließungsantrag auf Drucksache 13/6975 festgestellt, daß die Schadensbilanz der deutschen Wälder mit 57 % kranker Bäume deutlich negativ sei. Die leichte statistische Zustandsverbesserung täusche nicht darüber hinweg, daß die tatsächliche Situation des Waldökosystems nach wie vor sehr kritisch sei. Langfristig stelle die schleichende Degradation der Böden die Hauptgefährdung der Waldbestände dar, weil auf nahezu 90 % der Fläche der Bundesrepublik Deutschland sowohl die Stickstoff- als auch die Säureeinträge die von den Ökosystemen verkraftbare Belastung erheblich überstiegen. Eine Reihe von Maßnahmen mit unterschiedlichen Faktoren sei zur Zustandsverbesserung der Wälder unbedingt erforderlich.

B. Lösung

Der Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1996 wurde zur Kenntnis genommen. Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktion auf Drucksache 13/6961 wurde angenommen, die Entschließungsanträge auf den Drucksachen 13/6974 und 13/6975 abgelehnt.

Die Beschlüsse wurden mit Mehrheit im Ausschuß gefaßt.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1996 – Drucksache 13/6300 – zur Kenntnis zu nehmen,
2. den Entschließungsantrag – Drucksache 13/6961 – unverändert anzunehmen,
3. den Entschließungsantrag – Drucksache 13/6974 – abzulehnen und
4. den Entschließungsantrag – Drucksache 13/6975 – abzulehnen.

Bonn, den 25. Juni 1997

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)

Vorsitzender

Ernst Bahr

Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Ernst Bahr

I.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 158. Sitzung am 21. Februar 1997 den Waldzustandsbericht 1996 auf Drucksache 13/6300 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Verkehr, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

Die Fraktionen CDU/CSU und F.D.P., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung Entschließungsanträge auf den Drucksachen 13/6961, 13/6974 und 13/6975 eingebracht, die in derselben Sitzung an die oben aufgeführten Ausschüsse zur Beratung überwiesen wurden.

II.

1. Seit 1984 werden in der Bundesrepublik Deutschland jährlich systematische Erhebungen zeitgleich und nach einem einheitlichen Verfahren durchgeführt, um Ausmaß und Entwicklung der Schäden festzustellen. Dieses Verfahren liefert mit vertretbarem Aufwand kurzfristig verfügbare Angaben über den Waldzustand. Das Ergebnis der Erhebung gibt einen Überblick über das Ausmaß und die Entwicklung der Waldschäden und wird durch den Waldzustandsbericht der Bundesregierung dokumentiert.

2. Im Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. auf Drucksache 13/6961 wird zunächst festgestellt, daß der kontinuierlichen Berichterstattung über den Zustand des deutschen Waldes eine große Bedeutung zukomme, die bundesweit über die aktuelle Situation des Waldes Aufschluß gebe. Die Ergebnisse des Waldzustandsberichtes von 1996 bestätigten die positiven Signale des Berichtes von 1995. Diese positiven Nachrichten über den Zustand des Waldes dürften aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß nach wie vor alle Anstrengungen für eine weitere Minderung der Waldschäden notwendig seien.

Die Bundesregierung wird in dem Antrag u. a. aufgefordert, weitere Maßnahmen wie die Fortsetzung der konsequenten Politik der Luftreinhaltung, eine Förderung von flankierenden forstlichen Maßnahmen zur Stabilisierung der Waldökosysteme sowie die Fortsetzung der Forschung über das Zusammenwirken der Schadensursachen durchzuführen, um das Aktionsprogramm „Rettet den Wald“ weiterzuführen.

3. Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/6974 enthält u. a. die Feststellung, daß die Waldschäden nach wie vor drama-

tisch seien und daß über 75 % der über 60 Jahre alten Bäume in Deutschland krank seien. Verantwortlich hierfür seien vor allem die Emissionen aus Straßenverkehr, Industrie und Landwirtschaft. Es sei deshalb erforderlich, die Reduzierung des Straßengüterverkehrs, die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, den Ersatz der Kilometerpauschale und den Einstieg in eine ökologische Steuerreform vorzunehmen. Weitere Anreize zur Energieeinsparung sowie eine umweltverträglichere Landwirtschaft seien dringend erforderlich.

Die Bundesregierung wird u. a. aufgefordert, ein Programm zur Bekämpfung des Waldsterbens, zur naturnahen Waldbewirtschaftung und zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Forstwirtschaft und Holzindustrie in Kooperation mit den Bundesländern vorzulegen, deren wesentliche Eckpunkte im Entschließungsantrag erläutert sind.

4. Im Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/6975 wird u. a. festgestellt, daß die tatsächliche Situation unserer Waldökosysteme nach wie vor sehr kritisch sei und eine Abnahme der Schäden nur für einzelne Baumarten und auch nur regional unterschiedlich beobachtet werden könne. Der Bundesregierung werden eine Reihe von Versäumnissen bei der Bekämpfung der Waldschäden vorgeworfen, die sich aus der Aufzählung des Antrages ergeben.

Die Bundesregierung wird daher u. a. aufgefordert, den angekündigten Bodenzustandsbericht umgehend fertigzustellen, ein Konzept zur Bestimmung der Belastbarkeitsgrenze von Ökosystemen zu entwickeln sowie eine weitere drastische Reduzierung von Schadstoffemissionen unter gleichzeitiger Einführung einer CO₂-Steuer vorzusehen. Des weiteren wird gefordert, eine verbesserte ökologische Waldwirtschaft zu praktizieren und die Auswirkungen der Klimaerwärmung auf die Waldökosysteme künftig explizit im Waldzustandsbericht zu thematisieren.

III.

Der mitberatende Ausschuß für Verkehr hat in seiner 53. Sitzung am 4. Juni 1997 die Vorlagen behandelt und den Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1996 auf Drucksache 13/6300 einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Zum Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 13/6961 empfiehlt der Ausschuß mit Stimmengleichheit dem Plenum die Ablehnung des Entschließungsantrages vorzuschlagen. Zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/6974 wurde ebenfalls mit Stimmengleichheit die Ablehnung des Antrages empfohlen. Auch

der Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/6974 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt.

Der mitberatende Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Vorlagen in seiner 57. Sitzung am 11. Juni 1997 beraten und empfiehlt, die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 13/6300 einvernehmlich zur Kenntnis zu nehmen. Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 13/6961 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS angenommen. Abgelehnt wurden der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/6974 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS und der Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/6971 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

Der mitberatende Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat die Vorlagen in seiner Sitzung am 11. Juni 1997 beraten. Er hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 13/6300 zur Kenntnis genommen und folgende Stellungnahme zum Waldzustandsbericht 1996 verabschiedet:

„Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

zur Unterrichtung durch die Bundesregierung

Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1996
– Ergebnisse der Waldschadenserhebung –
Drucksache 13/6300

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1996 weist für die einzelnen Baumarten unterschiedliche Ergebnisse aus. Während die Erhebungen für Fichten und Kiefern tendenziell eine Verbesserung zeigen, haben die Schädigungen von Laubbäumen zugenommen. Auch regional bestehen große Unterschiede bezüglich der Höhe und im Trend der Schadensentwicklung.

Die stark divergierenden Ergebnisse machen eine breitere Datenbasis und weitere Anstrengungen und Maßnahmen zum Schutz des Waldes notwendig.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf:

1. Die Bewertung des Waldzustandes sollte künftig auf eine breitere Basis gestellt werden und stärker Erkenntnisse der staatlich geförderten Waldökosystemforschung berücksichtigen. Neben den Ergebnissen der jährlich fortzuführenden Erhebung

des Baumkronenzustandes (Rasterpunkterhebung) sollten bei der Bewertung des Waldzustandes künftig folgende Daten mit einbezogen werden:

- Die Ergebnisse der Erhebungen in den Dauerbeobachtungsflächen,
- die Ergebnisse der Ökosystemforschung an Standorten wie dem Solling, Fichtelgebirge, Hölzswald oder den norddeutschen Kiefernwäldern,
- Standortsgrößen wie Wuchsgebiet, Klimastufe, Bodentyp, geländebedingter Wasserhaushalt zusammen mit den Daten der Rasterpunkterhebungen z. B. für gefährdete Bestände.

Durch eine integrierte Auswertung dieser heute verfügbaren Daten könnte eine neue Qualität der Berichterstattung über den Zustand und die künftige Entwicklung der deutschen Wälder sowie erforderliche Maßnahmen zur Vermeidung von Schäden erreicht werden.

2. Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung erneuert seine Auffassung, daß die Waldforschung im Sinne des Leitbildes einer nachhaltigen zukunftsverträglichen Entwicklung zu erweitern ist.

Es gilt zugleich, die ökologische, wirtschaftliche, kulturelle und Erholungsfunktion des Waldes dauerhaft zu sichern. In multidisziplinären Arbeitszusammenhängen sind Konzepte für veränderte Waldbaustrategien zu entwickeln und damit verbundene ökologische, soziale und ökonomische Rahmenbedingungen und notwendige Veränderungen zu untersuchen (z. B. Verkehrswesen, Energie-, Land- und Forstwirtschaft, Freizeitverhalten).“

Die Entschließungsanträge der Fraktionen auf den Drucksachen 13/6961, 13/6974 und 13/6975 hat der Ausschuß auf Grund der verabschiedeten Stellungnahme zum Waldzustandsbericht für seinen Politikbereich als erledigt betrachtet.

IV.

Der federführende Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat seine Beratungen zu den Vorlagen in seiner 76. Sitzung am 25. Juni 1997 vorgenommen.

Seitens der Koalitionsfraktionen wurde darauf verwiesen, daß der Waldzustandsbericht von 1996 eine Bestätigung der „positiven Signale“ des Berichts von 1995 sei. Nicht bestätigt hätten sich die früheren Prognosen von einem großflächigen Waldsterben. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß zwar die komplexen Ursachen der Waldschäden trotz großen Forschungsaufwandes nicht völlig hätten geklärt werden können, es jedoch eindeutig sei, daß die vom Menschen beeinflussbaren Luftschadstoffe ein entscheidender Faktor zur Waldschädigung seien. Mit ihrem Antrag auf Drucksache 13/6991 wolle man die Bundesregierung auffordern, ihr Aktionsprogramm „Rettet den Wald“ zur effektiven Bekämpfung der Waldschäden weiterzuführen. Fortgesetzt werden

müßten insbesondere auch die konsequente Politik der Luftreinhaltung, auch unter Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit, sowie die Fortführung der Forschung über das Zusammenwirken von Schadensursachen. Notwendig sei auch die Förderung flankierender forstlicher Maßnahmen zur Stabilisierung der Waldökosysteme, die Weiterentwicklung des Waldmonitorings sowie die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der deutschen Forstwirtschaft.

Seitens der Fraktion der SPD wurde darauf verwiesen, daß ein ganzes Maßnahmenpaket erforderlich sei, um den Zustand des Waldes wieder zu verbessern. Dies reiche von Maßnahmen zur Reduzierung der negativen Einflüsse aus Industrie, Verkehr und Landwirtschaft bis hin zu Maßnahmen der Bewirtschaftung, um den Wald auch wirtschaftlich nutzen zu können.

Es wurde bezweifelt, daß die 2%ige Verbesserung bei den Waldschäden schon eine Trendwende deutlich mache. Das Ökosystem Wald benötige längere Beobachtungszeiträume um dies beurteilen zu können. Um die nach wie vor dramatische Situation der Wälder in Deutschland zu verbessern, sei es notwendig, eine Reform der Energiepolitik und der Verkehrspolitik zur Reduzierung der Luftverunreinigungen sowie eine ökologisch ausgerichtete Politik in der Forst- und Landwirtschaft vorzusehen.

Den interfraktionellen Antrag des mitberatenden Ausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung unterstützte die Fraktion der SPD in allen Punkten, da dieser als eine tragfähige Grundlage für entsprechende Initiativen anzusehen sei. Die Fraktion der SPD übernimmt die Forderungen dieses Antrages als eigenen Antrag und beantragt eine gesonderte Abstimmung hierüber.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verwies darauf, daß der leicht positive Trend bei einzelnen Baumarten grundsätzlich keine Entwarnung für die Situation der Wälder bedeute. Es sei deshalb dringend erforderlich, eine drastische Reduzierung von Luftschadstoffen, wie Verkehrsvermeidung und eine konsequente Neuausrichtung der Energie- und Agrarpolitik, die Einführung einer Kohlendioxid- bzw. Energiesteuer und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Waldbestände durch eine naturnahe ökologische Waldwirtschaft im gesamten öf-

fentlichen Wald vorzusehen. Darüber hinaus werde es für notwendig erachtet, den Bodenzustandsbericht zusammen mit dem Waldzustandsbericht zu beraten, da ein unmittelbarer Zusammenhang bestehe. Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstütze den interfraktionellen Antrag des mitberatenden Ausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, um auf dieser Grundlage notwendige Maßnahmen zur Vermeidung weiterer Schäden sicherzustellen.

Seitens der Gruppe der PDS wurde ebenfalls darauf verwiesen, daß der Zustand der Wälder weiterhin besorgniserregend sei. Eine erfolgreiche Schadensbehebung sei nur möglich, wenn die im gemeinsamen Antrag des mitberatenden Ausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung aufgeführten Punkte Beachtung fänden. Die Gruppe der PDS unterstütze deshalb den von der Fraktion der SPD übernommenen Antrag des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung.

Die Unterrichtung der Bundesregierung auf Drucksache 13/6300 – Waldzustandsbericht 1996 – wurde vom Ausschuß zur Kenntnis genommen.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 13/6961 wurde mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS angenommen.

Der Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/6974 wurde mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/6975 wurde mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS abgelehnt.

Der Antrag des mitberatenden Ausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, den die Fraktion der SPD im Ausschuß zum eigenen Antrag erklärt hat, wurde mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS abgelehnt.

Bonn, den 25. Juni 1997

Ernst Bahr

Berichterstatte

